

## ANTRAG

an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Kärnten

am 26. November 2024

Klagenfurt, 05. November 2024

### **Umfassender Bürokratieabbau für EPU und KMU. Weil's um mehr geht.**

Klein- und Mittelunternehmen (KMU) sowie Ein-Personen-Unternehmen (EPU) stehen zunehmend unter Druck, da bürokratische Hürden ihre Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz erheblich beeinträchtigen. Besonders die administrative Belastung in Form von langwierigen Meldepflichten, umfangreichen Dokumentationsanforderungen und komplexen Steuer- und Förderprozessen hemmt das Wachstum und bindet wertvolle Ressourcen. Österreichische Unternehmen verbringen im Durchschnitt 240 bis 360 Stunden jährlich mit administrativen Aufgaben, was eine erhebliche finanzielle Belastung darstellt.

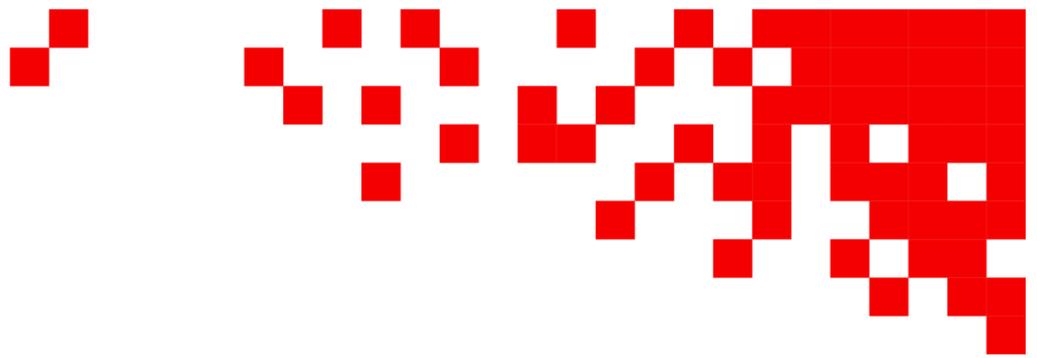
Während Großunternehmen häufig über spezialisierte Abteilungen zur Abwicklung dieser Aufgaben verfügen, fehlen den kleineren Unternehmen solche Kapazitäten. Dies führt dazu, dass sich KMU und EPU oft unverhältnismäßig stark mit Bürokratie auseinandersetzen müssen, was ihre Innovationskraft und Produktivität einschränkt. Ein gezielter Abbau von Bürokratie ist daher unerlässlich, um den heimischen Wirtschaftsstandort langfristig zu stärken und den Unternehmen Raum für ihre eigentliche Geschäftstätigkeit zu geben.

In der Vergangenheit haben sich digitalisierte Verwaltungsprozesse, wie etwa One-Stop-Shops für Unternehmensanliegen, als besonders effektiv erwiesen. Diese Ansätze müssen nun flächendeckend ausgebaut und auf alle relevanten Bereiche ausgeweitet werden.

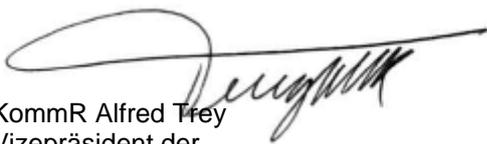
### **Beschlusstext:**

Das Wirtschaftsparlament der WKK möge sich via WKÖ für folgende Punkte einsetzen:

1. **Digitalisierung der Verwaltungsprozesse:** Es sollen flächendeckend digitale Plattformen eingeführt werden, die es KMU und EPU ermöglichen, alle wesentlichen Behördengänge und Meldepflichten effizient und ohne unnötigen Aufwand digital abzuwickeln. Ziel ist die Schaffung eines **One-Stop-Shops** für Unternehmensanliegen.



2. **Vereinfachung der Steuerlichen Meldepflichten:** Die Meldepflichten im Steuerwesen sind zu vereinfachen. Es sollen standardisierte, digitale Berichtsformate eingeführt werden, die den administrativen Aufwand für Unternehmen erheblich reduzieren.
3. **Entbürokratisierung von Förderanträgen:** Förderanträge für staatliche Unterstützung sind zu vereinfachen und zentralisiert zu verwalten. Unternehmen sollen einfacher auf Fördermittel zugreifen können, indem das Verfahren digitalisiert und die Bearbeitungszeit verkürzt wird.
4. **Reduzierung von Dokumentationspflichten:** Die umfangreichen Dokumentationsanforderungen, die insbesondere kleinere Betriebe übermäßig belasten, sind zu überprüfen und zu reduzieren. Dies betrifft insbesondere Meldepflichten und statistische Erhebungen.
5. **Erhöhung der Transparenz und Effizienz in der Verwaltung:** Unternehmen brauchen einen schnelleren und klareren Zugang zu relevanten Informationen. Dazu gehört eine verbesserte Kommunikation zwischen Behörden und Unternehmen sowie eine schnellere Bearbeitung von Anträgen und Genehmigungen.
6. **Unterstützung bei Compliance-Anforderungen:** Kleine Unternehmen benötigen spezialisierte Beratungsangebote und Schulungen, um die immer komplexeren Compliance-Vorgaben besser zu verstehen und einzuhalten, ohne übermäßige Kosten zu tragen.



KommR Alfred Trey  
Vizepräsident der  
Wirtschaftskammer Kärnten



StR\*in KommR DI Constance Mochar  
Mitglied des Wirtschaftsparlaments  
der Wirtschaftskammer Kärnten